LZ-Rheinland

Artikel vom 14.08.2024 · Ausgedruckt am 15.11.2026, 18:39 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/landfrauen-fordern-beibehaltung-der-muetterrente

Landfrauen fordern Beibehaltung der Mütterrente



Foto: RhLV

Die beiden Niedersächsischen LandFrauenverbände Hannover (NLV) und Weser-Ems (NLF Weser-Ems) und der Rheinische LandFrauenverband (RhLV) haben sich klar gegen die Abschaffung der Mütterrente positioniert. „Die sogenannte Mütterrente ist ein notwendiger Bestandteil der sozialen Absicherung für circa 9 Mio. Frauen in Deutschland und darf nicht abgeschafft werden. Damit würde die Lebensleistung dieser Frauen missachtet“, betonte Jutta Kuhles, Präsidentin des Rheinischen LandFrauenverbandes gegenüber der LZ Rheinland. „Die Mütterrente ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer sozialen Absicherung und ein Zeichen der Wertschätzung für die Lebensleistung der Frauen“, erklärten auch die Präsidentinnen der niedersächsischen Verbände, Elisabeth Brunkhorst und Ina Janhsen.

Ihre Abschaffung würde nicht nur die finanzielle Belastung der betroffenen Mütter erhöhen, sondern auch die soziale Gerechtigkeit in Deutschland gefährden, sind sie sich einig. Das Erwerbsleben von Frauen unterscheide sich von dem der Männer immer noch wesentlich, wie Jutta Kuhles erklärte: Mehr Frauen als Männer arbeiteten in Teilzeit und im Niedriglohnbereich. Sie unterbrächen ihre Erwerbstätigkeit oftmals für unbezahlte Familien- und Sorgearbeit, womit sie einen elementaren Beitrag zu unserem

gesellschaftlichen Zusammenleben leisten, verdeutlichen die Landfrauen. „Diese – nicht entlohnte – Phase hat unmittelbare Auswirkungen auf die Alterssicherung dieser Frauen. Die nun vorgeschlagene Abschaffung der Mütterrente würde den bereits bestehenden Rentenabstand zwischen Frauen und Männern zusätzlich vergrößern und für viele Frauen das Armutsrisiko erhöhen, da sie im Alter, aufgrund der geringeren Erwerbszeit, über deutlich weniger Geld als Männer verfügen. Frauen brauchen deshalb diesen sozialen Ausgleich“, verdeutlichte Jutta Kuhles.

Der Rheinische LandFrauenverband würde sich daher entschieden für die Beibehaltung der „Mütterrente“ einsetzen. Auch die beiden niedersächsischen Verbandspräsidentinnen kündigten an, sich massiv für die Erhaltung der „Mütterrente“ einzusetzen. Die LandFrauenverbände appellierten an die Bundesregierung, diese beizubehalten und stattdessen Maßnahmen zu ergreifen, die die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern. Brunkhorst unterstrich die Notwendigkeit, die Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur auszubauen sowie Anreize im Steuersystem durch eine Reform des Ehegattensplittings und der Minijobs zu schaffen. „Nur auf diese Weise kann langfristig eine gerechtere Verteilung der Rentenansprüche erreicht werden“, so Brunkhorst.

Die Abschaffung der „Mütterrente“ ist im Rahmen der Planungen für den Haushalt 2025 auf den Tisch gekommen.

Bundesfinanzminister Christian Lindner fordert Ausgabenkürzungen im Sozialbereich, insbesondere bei der 2014 eingeführten „Mütterrente“ für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben. Durch sie erhalten Berechtigte keine gesonderte Rente, sondern ihr Anspruch auf die gesetzliche Altersrente wird gestärkt, wodurch diese steigt. Die Landfrauen verweisen in diesem Kontext auf eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die die weitreichenden sozialen Folgen einer solchen Maßnahme verdeutlicht. Demnach würde die Abschaffung der Mütterrente das Armutsrisiko für viele Frauen erheblich erhöhen und den Rentenabstand zwischen Männern und Frauen weiter vergrößern.

Schon vor der nun entfachten Diskussion hatte der RhLV sein Leitthema „Freiheiten wahrnehmen“ für das Jahr 2025 ausgerufen und wird es mit dem Schwerpunkt „FrauenFinanzen“ starten. Darüber freut sich vor diesem Hintergrund nicht nur RhLV-Präsidentin Jutta Kuhles.

ke/AgE